



## Antrag

der Fraktion der CDU Bündnis 90/Die Grünen und der FDP

### **Erstellung eines Maßnahmenkatalogs für eine Wasserstoffstrategie der Erneuerbaren Energien für Schleswig-Holstein**

#### **Der Landtag wolle beschließen:**

Der Landtag bittet die Landesregierung, den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft auf Basis der Erneuerbaren Energien auch zukünftig zu unterstützen.

Der Landtag bittet die Landesregierung daher, als Grundlage für und in Ergänzung der nationalen und der norddeutschen Wasserstoffstrategie einen Maßnahmenkatalog für eine Wasserstoffstrategie für Schleswig-Holstein zu erstellen, der insbesondere die folgenden Aspekte aufgreift:

- Berücksichtigung der besonderen privilegierten Situation des Landes im Hinblick auf die Potentiale zur Erzeugung erneuerbarer Energien.
- Nutzung der Möglichkeiten für Wasserstoffanwendungen, die sich für die Sektorenkopplung sowie die Speicherung und den Transport Erneuerbarer Energien und zum Beispiel für industrielle und gewerbliche Anwendungen in der Chemie, im Verkehrswesen, im ländlichen und städtischen Raum, in der Logistik, sowie im maritimen und anderen Sektoren ergeben.

Dabei sind unter anderem die folgenden Punkte zu berücksichtigen und zu prüfen:

- Dezentrale Lösungen für Erzeugung, Speicherung, Transport und Nutzung von Wasserstoff;
- Eine technologieoffene Entwicklung der Sektorenkopplung und der Speicherung der Erneuerbaren Energien;
- Schaffung einer Versorgungsinfrastruktur für mit Wasserstoff betriebene Fahrzeuge;
- Stärkung der Forschung und Entwicklung zur Effizienzsteigerung von Elektrolyseuren, sowie Verbesserungen der Technologien der Verwendung. Dazu gehört auch die Brennstoffzellentechnologie;
- Nutzung und saisonale Speicherung der entstehenden Wärme;
- Berücksichtigung der sich für eine regenerativen Wasserstoffwirtschaft ergebenden Anforderungen in der Landesentwicklungsplanung und Regionalplanung;
- Umfassender Einspeisevorrang für Erneuerbare Gase und sukzessive Anhebung der Wasserstoffanteile im Gasnetz;
- Änderung der marktverzerrenden Systematik der Abgaben und des regulatorischen Rahmens;
- Anpassung unter anderem der Verfahren von Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und Immissionsschutzrecht an die technischen Optionen, wie z.B. auch UVP und Kreislaufwirtschaftsgesetz bei KWK-Anlagen unter 5 MW ein vereinfachtes Verfahren vorsehen;
- Aufnahme von Elektrolyseuren für Wasserstoff aus regenerativen Energien und deren Infrastruktur als privilegiertes Bauvorhaben nach §35 BauGB als Anlage der Energieerzeugung und -nutzung;
- Möglichkeiten der Kennzeichnung zur Abgrenzung von Wasserstoff auf der Basis Erneuerbarer Energiequellen einerseits und dem aus Graustrom bzw. fossil gewonnenen Wasserstoff andererseits;
- Ausbau der Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung sowohl bei großen Wasserstoff-Infrastrukturvorhaben als auch in der wirtschaftlichen Entwicklung zum Beispiel in Form von Bürgergenossenschaften.

## **Begründung:**

Die großen Potenziale der erneuerbaren Energien für die dezentrale und regionale Wirtschaftsentwicklung lassen sich insbesondere durch Technologien wie der Wasserstofftechnologie nutzen. Schleswig-Holstein ist das derzeit einzige Bundesland, welches rechnerisch seinen Strombedarf bereits vollständig aus regenerativen Energiequellen decken kann. Zudem ist Schleswig-Holstein derzeit noch das Bundesland mit dem höchsten Abschaltungsrate von EE-Erzeugungsanlagen bundesweit.

Zur Erreichung der Klimaziele ist es notwendig, die erneuerbaren Energien nicht nur im Stromsektor, sondern auch in die anderen Sektoren (Wärme, Mobilität und Industrie) zu bringen. Hierbei lässt sich aufgrund der hohen Volatilität der EE-Erzeugung nicht alles direkt an das Stromnetz koppeln. Wasserstoff bietet hier ein gutes energetisches Bindeglied für eine gelungene Sektorkopplung.

EU-weit entwickelt sich eine umfassende Wasserstoffwirtschaft. Um diese Potentiale einer Wasserstoffwirtschaft für Schleswig-Holstein bestmöglich zu erkennen und zu nutzen, soll ein konkreter Maßnahmenkatalog des Landes auf Basis der norddeutschen Wasserstoffstrategie erstellt werden. Der Maßnahmenkatalog soll insbesondere auf die regionalen Besonderheiten des Landes angepasst werden.

Andreas Hein  
Und Fraktion

Bernd Voss  
und Fraktion

Oliver Kumbartzky  
und Fraktion